

„DIE REVOLUTION KOMMT WIEDER NACH DEUTSCHLAND“

SPIEGEL-Gespräch mit Jean-Paul Sartre

SPIEGEL: Ende Mai schien der gaulistische Staat vor dem Zusammenbruch zu stehen. Anfang Juli scheint diese Macht stärker denn je zu sein. Bei den Parlamentswahlen haben die Gaullisten 116 Sitze mehr erhalten. Wie erklären Sie diese erstaunliche Wandlung? Ist die Linke dafür verantwortlich? Wurde sie ihrer Aufgabe nicht gerecht?

SARTRE: Das hängt davon ab, von welcher Linken man spricht. Wenn es sich um die Parteien, Gruppen und Männer handelt, die die „politische“ Linke vertreten, dann ist die Antwort: Ja, sie wurde ihrer Aufgabe nicht gerecht.

Aber es gibt noch eine andere Linke, die ich als die „soziale“ Linke be-

front gesehen: Die Arbeiter mußten damals Betriebsbesetzungen „erfinden“ und eine beispiellose Streikbewegung entfesseln, um durchzusetzen, daß die „politische“ Bewegung Gestalt annahm, die dann eine starke Linksmehrheit ins Parlament brachte. Der damalige Ministerpräsident, der Sozialist Léon Blum, der durch diese Welle an die Macht getragen wurde, hat im übrigen alles getan, was er konnte, um diese Massenbewegung zu bremsen.

SPIEGEL: Also war die berühmte Volksfront von 1936 im Grunde schon ein schlechtes Beispiel?

SARTRE: Im Jahre 1936 bestand zumindest eine Übereinstimmung zwischen dem Votum der Wähler und der

wurde, hat man plötzlich wieder sein altes „politisches Abbild“ auferlegt.

SPIEGEL: Sie meinen: das der Kommunistischen Partei, der Linksföderation, der PSU und ihrer politischen Streitigkeiten.

SARTRE: Ja, es handelt sich da um derart verkalkte Methoden, daß die Kandidaten der Linken sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, ein Wort an den Reden zu verändern, die sie seit zehn Jahren hielten.

Auf der politischen Rechten haben ein oder zwei Kandidaten zugegeben, „daß etwas geschehen ist, dem man Rechnung tragen müßte“. Auf der Linken tat man so, als wenn die Mai-Bewegung nie stattgefunden hätte. Auf jeden Fall handelte es sich darum, diese Bewegung so schnell wie möglich in Vergessenheit geraten zu lassen.

Ich habe sogar auf einem kommunistischen Plakat den außergewöhnlichen Satz gelesen: Stimmt für die Kommunistische Partei, die dieses und jenes getan und „die den Bürgerkrieg verhindert hat“. Es ist schon phantastisch, wenn man zu einem solchen Eingeständnis gelangen muß.

SPIEGEL: Sie haben früher häufig Vorbehalte gegenüber der Politik der Kommunistischen Partei zum Ausdruck gebracht, Sie haben sie dennoch als die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse betrachtet. Haben die Mai-Ergebnisse in Frankreich Sie veranlaßt, Ihren Standpunkt zu ändern?

SARTRE: Ich bin der Auffassung, daß die Kommunistische Partei in dieser Krise eine Haltung einnahm, die keineswegs revolutionär und die im übrigen nicht einmal reformistisch war.

Die Kommunistische Partei und die (kommunistische Gewerkschaft) CGT haben zunächst alles getan, um die Forderungen der Arbeiterklasse auf einfache „Lohnforderungen“ zu reduzieren, die gewiß gerechtfertigt waren, haben sie aber dann veranlaßt, ihr Verlangen nach Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen fallenzulassen. Dann sind sie sogleich in die Fußstapfen de Gaulles getreten, als dieser von Parlamentswahlen sprach. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Waldeck Rochet, sagte sofort: „Wir haben niemals etwas anderes verlangt.“

Die Kommunistische Partei befand sich also in objektiver Komplizenschaft mit de Gaulle: Sie leisteten sich gegenseitig einen Dienst, indem sie Parlamentswahlen forderten.

Gewiß hat de Gaulle die Kommunistische Partei als den Hauptfeind bezeichnet, indem er sie in bewußt falscher Weise als die Organisation bezeichnete, die für die „Mai-Unruhen“ verantwortlich gewesen sei. Aber das war auch eine Möglichkeit, den Kommunisten wieder eine Art von Prestige zu verschaffen. Und de Gaulle hatte



Sartre (r.) beim SPIEGEL-Gespräch in seiner Pariser Wohnung*

zeichnen möchte und die man im Mai in den bestreikten Betrieben, in den besetzten Fakultäten und bei den Straßendemonstrationen sehen konnte. Diese Linke hat ihre Aufgabe voll erfüllt: Sie ist so weit gegangen, wie sie es konnte, und ist schließlich nur besiegt worden, weil ihre „Vertreter“ sie getäuscht haben.

SPIEGEL: Hat Sie das überrascht?

SARTRE: Nein, das ist nichts Neues. Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts besteht in Frankreich ein wesentlicher Unterschied zwischen der sozialen Wirklichkeit und ihrer politischen Ausdrucksform. Zwei Abbilder des Landes koexistieren, ohne sich einander anzugleichen: Das eine Abbild ergibt sich aus dem Resultat der Wahlen, das andere, das viel tiefer wurzelt, taucht nur wie ein Blitz anlässlich spontaner Volksbewegungen auf. Daß diese beiden Abbilder nie miteinander übereinstimmen, hat man im Jahre 1936 im Augenblick der Volks-

Aktion. Aber es kommt vor — und das haben wir jetzt in Frankreich erlebt —, daß diese Übereinstimmung nicht existiert. Und zwar deshalb, weil die Arbeiter oder die Angehörigen der Mittelschichten eine radikale Haltung nur während der Aktion einnehmen können.

Wenn man den Fehler begeht oder zu der List greift, ihre Bewegung auf eine Wahl zwischen den politischen Apparaten zu reduzieren, verurteilen sie eventuell in der Wahlkabine, was sie eben auf der Straße getan haben.

Diesem Frankreich, das im Mai versucht hatte, sein „soziales Abbild“ hinter allen Lügen wiederzufinden, mit denen es überhäuft wurde, diesem Frankreich, das eben etwas Neues erfunden hatte und sich seiner selbst durch direkten Widerstand gegen die Polizeigewalt der Staatsmacht bewußt

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Georg Wolff und Dieter Wild und SPIEGEL-Mitarbeiter Gustave Stern (2. v. l.).

alles Interesse daran, sie als die Hauptstifter der Revolte hinzustellen, da sich ja die Kommunisten als „loyale“ Gegner aufführten, die entschlossen waren, sich an die Spielregeln zu halten, also als wenig gefährliche Gegner aufzutreten.

SPIEGEL: Sind Sie mit dem Urteil einverstanden, die Kommunistische Partei Frankreichs habe sich in dieser Situation wie eine sozialdemokratische Bewegung verhalten?

SARTRE: Ich glaube, daß man sich vor den Etiketten und vor vereinfachenden Urteilen hüten soll. Die Behauptung, daß die Kommunistische Partei „eine sozialdemokratische Partei geworden ist“, trägt nicht dazu bei, ihre Haltung zu begreifen. Es ist besser zu versuchen, eine Erklärung dafür zu finden, warum die Kommunisten in die Wahlen eingewilligt haben, obgleich sie wußten, daß sie einer Niederlage entgegengingen, einer Niederlage...

SPIEGEL: ... die sie vielleicht gar nicht erwarteten.

SARTRE: ... die sie vielleicht nicht in diesem Ausmaß erwarteten, derer sie aber vollkommen sicher waren. Meiner Meinung nach haben sie sich in die Wahlen gefügt, weil sie um keinen Preis die Macht ergreifen wollten, und das aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist, daß die Linke nicht in der Lage gewesen wäre, die Versprechen einzuhalten, die Frankreichs Arbeiter den Unternehmern und der Regierung entrissen hatten. Die Linke war dazu keineswegs bereit, und die Kommunistische Partei wollte nicht die Verantwortung für die Preiserhöhungen, für die Abwertung oder für die Krise des Außenhandels übernehmen, die unvermeidlich in einigen Monaten eintreten werden. Sollen sich doch die Gaullisten aus der Schlinge ziehen!

Aber diese wirtschaftlichen Katastrophen bedrohen uns nur, weil die



Deutsche Demonstranten (in Bochum): Minderheiten ohne Verbindung

Unternehmer das System des Profits aufrechterhalten wollen. Warum sollte eine sozialistische oder kommunistische Regierung, käme sie an die Macht, nicht eine vollständig andere Wirtschaftspolitik erwägen? Warum sollte eine solche Regierung nicht eine wirkliche Revolution durchführen?

Und hier kommen wir zum zweiten Grund für die Weigerung der Kommunisten, die Macht zu ergreifen: Seit 40 Jahren nämlich haben sie die Theorie der Revolution in den Entwicklungsländern in sehr perfekter Weise ausgearbeitet, aber sie haben sich nie mit der Revolution in den „fortgeschrittenen“ industriellen Ländern befaßt.

In einem hochentwickelten Industrieland ist das Lebensniveau relativ hoch, aber die Wirtschaft sehr zerbrechlich. Sie beruht auf einer so vielfältigen technischen Organisation, daß

das Versagen einiger Elemente ausreichen kann, um die ganze Maschine stillzulegen. Diese Wirtschaft hängt auch von dem Netz der Außenhandelsbeziehungen ab.

In den meisten fortgeschrittenen Ländern liefert die Landwirtschaft nicht mehr alle Produkte, die die Bevölkerung braucht. Man muß die Nahrungsmittel im Ausland erstehen und Güter exportieren, um dafür bezahlen zu können.

Es gibt keine absolute Unabhängigkeit mehr. Man kann nicht mehr, wie es die Sowjet-Union zu Beginn ihrer Existenz getan hat, die Grenzen schließen, alle Bürger durch die eigenen Bauern ernähren und über die Probleme des „Sozialismus in einem Land“ nachdenken.

Die Revolution in Frankreich wird nie stattfinden können, wie es in Rußland im Jahre 1917 geschehen ist. Aber das heißt nicht, daß die Revolution in Frankreich unmöglich ist. Es geht nur darum, neue Kampfformen zu finden und zu ergründen, wie die Organisation einer revolutionären Staatsmacht in der neokapitalistischen, das heißt der sogenannten Konsumgesellschaft beschaffen sein könnte.

SPIEGEL: Warum ist eine solche Untersuchung nie angestellt worden?

SARTRE: Weil die kommunistischen Parteien im Westen und insbesondere die Kommunistische Partei Frankreichs seit 1945 vom Stalinismus darauf abgerichtet wurden, nicht die Macht zu ergreifen.

Die Welt war in Jalta aufgeteilt worden, diese Teilung war gut, und die Sowjets wollten sich an den abgeschlossenen Vertrag halten. Den westlichen Kommunisten wurde also aufgegeben, nicht „zu weit“ zu gehen.

Alle Persönlichkeiten, die innerhalb der KP versucht hatten, die Vorteile auszunutzen, die die Kommunisten durch ihre bewunderungswürdige Haltung während des Krieges erlangt hatten, alle Kommunisten, die versucht hatten, etwas revolutionärere



Französische Demonstranten (in Paris): Diskussion ohne Verständigung

Formen durchzusetzen, alle Kommunisten, die den Arbeiter dazu aufrufen, sich kämpferischer zu zeigen, wurden von der Partei zur Ordnung gerufen, zum Schweigen verurteilt und ausgeschlossen. Eben deshalb, weil das Ziel der Partei nicht darin bestand, die Revolution durchzuführen.

SPIEGEL: Sie sprechen von dem Einfluß des stalinistischen Rußlands auf die Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs. Aber der Einfluß der Nachfolger Stalins war vielleicht nicht geringer. Auch nach Stalin hat die Kommunistische Partei beispielsweise häufig auf den „fortschrittlichen Aspekt“ der Außenpolitik General de Gaulles hingewiesen.

SARTRE: Das stimmt. Ich bin sicher: Es war den Sowjets sehr unangenehm, daß de Gaulle die Kommunistische Partei so heftig angriff, aber sie

kanischen Investitionen in Frankreich steigen weiterhin, und, wie jeder weiß, auch in den Schlüsselindustrien, wie der Elektronik, die für den Ausbau unserer Wirtschaft entscheidend sind.

SPIEGEL: Also ist die „fortschrittliche“ Außenpolitik de Gaulles nur eine Fassade?

SARTRE: Ja, und das müßte die Kommunistische Partei sagen. Wenn sie es nicht tut, so deshalb, weil sie selbst keine Außenpolitik hat und es vorzieht, auf diesem Gebiet im Schlepptau der Sowjet-Union zu bleiben.

Aber man begreift sehr gut, daß die Sowjet-Union, ohne im übrigen Illusionen über die „fortschrittliche“ Außenpolitik de Gaulles zu haben, es vorzieht, daß in Frankreich ein aus dem Bürgertum hervorgegangener

revolutionäre Stoßkraft nur von den Randschichten der Gesellschaft ausgehen kann: von den Studenten, den Arbeitslosen, den sozialen Minderheiten, etwa den Schwarzen in den Vereinigten Staaten. Teilen Sie diese Auffassung?

SARTRE: Ich bin in dieser Hinsicht nicht ganz mit Marcuse einverstanden. Zunächst muß definiert werden, was unter einer „revolutionären Bewegung“ zu verstehen ist. Es handelt sich dabei zunächst natürlich um eine Bewegung, in der den Menschen wenn nicht eine Ideologie, so doch zumindest der Wille gemeinsam ist, mit dem System zu brechen, in dem sie leben. Es handelt sich ferner um das Bewußtsein der Notwendigkeit, neue Formen des Kampfes und des Widerstandes gegen die Gewalt zu finden. Aber das setzt auch voraus, daß diese Bewegung zumindest die theoretische Möglichkeit hat, die Revolution durchzuführen.

In Frankreich gibt es 700 000 Studenten. Ich sehe absolut nicht, wie es ihnen gelingen könnte, dem Bürgertum oder den Eltern oder wem auch sonst diese Macht zu entreißen, wenn sich die Arbeiter ihnen nicht anschließen.

SPIEGEL: Die Studenten können aber der Zünder sein.

SARTRE: Das sind sie auch gewesen. Aber das ist alles, und dessen sind sie sich sogar vollkommen bewußt.

Um aber eine Aussicht zu haben, die Revolution durchzuführen, muß man in der Lage sein, der bestehenden Macht eine Gegenmacht entgegenzustellen. Angesichts des Repressions-Apparats der besitzenden Klassen, der Regierung und der Armee, ist die einzige Gegenmacht, die wirksam werden kann, die der Produzenten, das heißt der Arbeiter.

Die Waffe der Arbeiter — die einzige, aber die absolute Waffe — ist die Weigerung, der Gesellschaft die notwendigen Produkte zu liefern. Das ganze System wird dann lahmgelegt.

SPIEGEL: Absolute Waffe — aber nur, falls man entschlossen ist, sie einzusetzen.

SARTRE: Gewiß, zum Bruch kann es nur kommen, wenn der Produzent den Kampf aufnimmt. Wenn man dagegen erklärt, daß die Arbeiterklasse, die die einzig produktive Klasse ist, in der „Konsumgesellschaft“ als revolutionäre Kraft aufgehoben wird, würde es in dieser Gesellschaftsordnung nie mehr zu einer Revolution kommen.

Ich weiß, daß Marcuse zu dieser Schlußfolgerung gelangt. Aber ich glaube, daß diese Schlußfolgerung durch die Ereignisse in Frankreich widerlegt wurde. Man darf schließlich nicht vergessen, daß die Studenten nicht allein gewesen sind. Zehn Millionen Streikende folgten ihnen. Gewiß, nicht am ersten Tage und auch nicht bis zum Schluß, aber schnell und weit genug, um die Arbeiter selbst in Stauern zu versetzen.

Sie sind, ohne sich untereinander darüber verständigt zu haben, in eine Bewegung hineingezogen worden, die



KP-Führer Rochet: Die Russen wählten den General

waren sicher sehr erleichtert, daß de Gaulle schließlich an der Macht geblieben ist.

In dieser Hinsicht muß jedoch einer Zweideutigkeit entgegengetreten werden: Es ist gewiß, daß de Gaulles Außenpolitik zumindest scheinbar den sozialistischen Staaten und der Dritten Welt zugute kommt. Aber das ist eine rein verbale Haltung.

Ich werfe de Gaulle nicht vor, was er beispielsweise über den amerikanischen Imperialismus sagt. Aber ich werfe ihm vor, daß er Frankreich nicht in eine Lage versetzt hat, die es befähigt, wirklich die Politik der Unabhängigkeit durchzusetzen, die er definiert.

Gewiß: Die führenden Organe der Nato sind nicht mehr in Frankreich, aber wir gehören weiterhin der atlantischen Allianz an. Die französische Regierung gräbt das Kriegsbeil gegen den Dollar aus, aber die ameri-

General an der Macht bleibt, dessen Haltung ihr schließlich von Nutzen ist. Und sie zieht diesen General einem Waldeck Rochet vor. Denn ein Kommunist würde auf größeren Widerstand stoßen, wenn er eine Außenpolitik durchsetzen wollte, die den Interessen der Sowjet-Union entspricht.

SPIEGEL: Die Kommunistische Partei Frankreichs konnte sich während der Mai-Krise vielleicht gar nicht anders verhalten, als sie es getan hat, weil die Arbeiter nicht mehr revolutionär sind. Diese Arbeiter waren zwar bereit, für rein berufliche Forderungen in den Streik zu treten, nicht aber den Studenten in ihrem totalen Angriff auf die Gesellschaftsordnung Folge zu leisten.

Hier finden sich die Ideen Herbert Marcuses über die fortschreitende Integration der Arbeiterklasse in die Konsumgesellschaft wieder. Marcuse spricht von der „komfortablen Unfreiheit“. Er ist der Meinung, daß die

spontan immer radikaler wurde und die schließlich auf eine neue Forderung hinauslief: nach Würde, Souveränität und Macht.

Die Arbeiter haben sich in den Kampf mit einem ganz neuen Gefühl der Freiheit gestürzt, aber ohne immer zu begreifen, was ihnen geschah. Der Beweis dafür ist: Als man ihnen das Wort erteilte, als man sie aufforderte, einen Stimmzettel abzugeben, haben sie — zumindest viele haben das getan — ihre Stimme de Gaulle gegeben.

Wir finden hier den Unterschied wieder, von dem ich vorhin sprach: zwischen einer ganz ruhigen politischen Gesellschaft, die wir jetzt nach den Wahlen wiedergefunden haben, und einer sozialen Realität der Gewalt, die sich im Mai offenbart hat.

Während der Aktion war alles klar. Als man aber die Arbeiter aufforderte, ihre Wünsche mit einem Namen zu bezeichnen, haben sie geantwortet: „de Gaulle“.

Das ist klassisch. Wichtig aber ist, daß eine Aktion stattgefunden hat, die doch alle für undenkbar gehalten hatten. Wenn sie diesmal stattgefunden hat, so kann sie sich abermals ereignen, und das entkräftet den revolutionären Pessimismus Marcuses.

SPIEGEL: In Deutschland aber gibt es keine Verbindung zwischen den „handelnden Minderheiten“, insbesondere den Studenten, und den Arbeitermassen. Die meisten Arbeiter stehen der Bewegung der sozialistisch-revolutionären Studenten feindlich gegenüber. Auch in Frankreich scheint diese Verbindung alles andere als leicht erreichbar zu sein.

SARTRE: Das stimmt. Man kann nicht behaupten, daß die Masse der französischen Arbeiter der Studentenbewegung wohlgesinnt war. Was geschehen ist, war weitaus komplizierter.

Die Studenten sind zunächst allein in den Kampf gegangen. Und dann fand die große Demonstration vom 13. Mai vom Place de la République bis zum Place Denfert-Rochereau statt, an der die Arbeiterorganisationen teilnahmen. Aber die Arbeiter waren von der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGT sehr stark kontrolliert. Die CGT wollte die Kontakte zwischen den Arbeitern und Studenten begrenzen und gab sehr schnell Befehl, die Demonstration aufzulösen.

Indessen hat es einige Kontakte gegeben: Am Abend desselben Tages trafen Studenten und junge Arbeiter am Champ de Mars zusammen, um miteinander zu diskutieren. Aber sie redeten nicht die gleiche Sprache und sahen einander mit Erstaunen an, ohne einander zu begreifen.

SPIEGEL: Also ein Mißerfolg.

SARTRE: Was aber ist dann geschehen? Ein oder zwei Tage später besetzten junge Arbeiter ihre Fabriken und entfesselten eine Streikbewegung, die sich über das ganze Land ausdehnte. Sie haben es für ihre eigene Rechnung, für sich selbst getan, ohne eine bewußte Verbindung mit den Studenten.



De-Gaulle-Gegner Mitterrand
„Die Chefs der Linken ...“

Aber es ist klar, daß die gemeinsame Demonstration der Ursprung ihrer Aktion war. Die Studenten waren der Zünder einer Bewegung, die sich jetzt ohne sie ausbreitete. Wieder griff die CGT überall ein, um den Gedankenaustausch zwischen Studenten und Arbeitern zu verhindern. Das entsprach der Politik der kommunistischen Partei, die immer darin bestanden hat, die Intellektuellen von den Arbeitern zu trennen: Man gründete Zellen in der Sorbonne, in den Arbeitervierteln und in den Fabriken, aber niemals Zellen, in denen sich Arbeiter und Studenten zusammenfinden konnten.

Auf jeden Fall war der Gedankenaustausch auf der Ebene der Diskussion sehr schwierig: Leute, die nicht aus derselben Gesellschaftsschicht stammen, haben sich niemals etwas zu sagen, sie können nur etwas gemein-



De-Gaulle-Gegner Mollet
... werden bald nichts mehr vorstellen“

sam tun. Deshalb wurden die einzigen positiven Beziehungen während des Mai in den „revolutionären Aktionsausschüssen“ geschaffen, die an zahlreichen Orten entstanden.

Diese Ausschüsse setzten sich nicht die Aufgabe, zu diskutieren, sondern zu handeln. Sie stellten sich den streikenden Arbeitern zur Verfügung, sie verschafften ihnen, was sie brauchten, Nahrungsmittel zum Beispiel. Und sie beteiligten sich an den Streikposten vor den Toren der Fabriken. Dort konnten sich dann die Diskussionen entwickeln, weil vorher eine gemeinsame Aktion stattgefunden hatte.

Heute sind die Streiks zu Ende, es gibt zwischen der Studentenbewegung und den Arbeitern keine allgemeine Verbindung mehr. Aber das, was sich im Mai entwickelt hat, betrachte ich keineswegs als einen Mißerfolg. Denn die Beziehungen, die innerhalb der Aktionsausschüsse entstanden sind, wurden beibehalten. Ich kenne viele junge Leute, die weiterhin mit Arbeitern oder Angestellten zusammenkommen, mit denen sie während der Streikbewegung gekämpft haben.

Die Mauer, die Intellektuelle und Arbeiter trennt, ist nicht gefallen, aber es wurde der Beweis erbracht, daß sie in einer gemeinsamen Aktion zum Einsturz gebracht werden kann.

SPIEGEL: Was an der französischen Mai-Bewegung besonders auffällt, ist ihr „freiheitlich anarchistischer“ Charakter. Glauben Sie, daß sich dieser Charakter auch in den Bewegungen in anderen Ländern wiederfindet? Und daß man von einer Revolte gegen die gesamte moderne Zivilisation sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern sprechen kann?

SARTRE: Ich glaube nicht, daß man diesen Begriff der „freiheitlich anarchistischen Bewegung“ verallgemeinern kann. Er scheint mir sehr auf den Westen und insbesondere auf Frankreich zugeschnitten, wo er sich auf eine starke anarchistische Tradition stützt.

Man kann nicht die Gesellschaftsordnung der sozialistischen Länder, die ich als „Produktionsgesellschaften“ bezeichnen möchte, mit unserer westlichen „Konsumgesellschaft“ auf die gleiche Stufe stellen. Die Probleme in diesen Ländern sind nicht die gleichen, und der Kampf der Arbeiterschaft nimmt infolgedessen auch unterschiedliche Formen an.

Aber diesen beiden unterschiedlichen Gesellschaftstypen ist wohl eines gemeinsam: Weder in der einen noch in der anderen „existiert“ der Mensch als freies und verantwortliches Individuum. Das will nicht besagen, daß man ihm überall — wie den Schwarzen in den Vereinigten Staaten — die Möglichkeit verweigert, sich in die Gesellschaftsordnung einzugliedern. Nein, das ist vielfältiger.

SPIEGEL: Ist denn beispielsweise der französische Bürger unfrei?

SARTRE: Er ist zunächst Konsument, aber ein „manipulierter“ Konsument, dem man nicht die Wahl dessen läßt, was er zu konsumieren

wünscht, und dem man gleichzeitig vorspiegelt, daß er seine Freiheit ausübt, indem er die gleichen Produkte erwirbt wie alle anderen.

Ich habe in einer Frauenzeitschrift in einer Annonce für Badekostüme den außerordentlichen Satz gelesen: „Kühn oder diskret, aber mehr und mehr Sie selbst.“ Anders gesagt: „Kaufen Sie wie jedermann, um wie niemand zu sein.“ Darin besteht die Manipulation.

Der französische Bürger ist auch ein Produzent, aber auf diesem Gebiet ist die Entfremdung noch viel klarer. Auf jeder Ebene, sei er Arbeiter, leitender Angestellter oder Student: Sein Schicksal entgleitet ihm vollkommen. Er ist niemals Subjekt, sondern Objekt. Ohne ihn zu fragen, hat man für ihn von außen her den Lohn festgelegt, den er erhalten, oder die Prüfung, die er ablegen soll. Man hat ihn auf die Schienen gestellt, aber nicht er stellt die Weichen.

Dasselbe geht in den sozialistischen Ländern vor sich mit dem Unterschied allerdings, daß das Ziel nicht mehr der Konsum, sondern „die Produktion um der Produktion willen“ ist. Die Maschine dreht sich um sich selbst, und das Individuum hat in diesem Vorgang seinen Platz. Dieser Platz ergibt sich rigoros aus den für ihn abstrakten Erfordernissen eines „Plans“, an dessen Ausarbeitung er nicht teilgenommen hat. In der Tschechoslowakei beispielsweise ist eine Revolte gegen das entmenschte System der Produktion um der Produktion willen in eine Forderung nach der Freiheit eingemündet.

SPIEGEL: Nach der Mai-Bewegung in Frankreich haben alle gesagt, und die Regierung hat das in einer gewissen Weise zugestanden, daß „nichts mehr so sein könnte, wie es früher war“. General de Gaulle hat im Fernsehen sogar von einer Gesellschaftsordnung gesprochen, die „weder kapitalistisch noch sozialistisch“ sein solle, sondern auf der „Beteiligung“ beruhen werde. Glauben Sie, daß in Frankreich wirklich ein neues System geschaffen werden kann?

SARTRE: Die Regierung wird wie immer von Reformen sprechen, aber keine durchführen, die wirklich etwas verändern. Das Wort „Beteiligung“ im Munde Pompidous und de Gaulles will nichts besagen. Man kann sich natürlich eine wirkliche „Beteiligung“ vorstellen, die den Arbeitern eine tatsächliche Entscheidungsgewalt in den Fabriken verschaffen würde.

Aber diese Art von Beteiligung werden die Unternehmer immer ablehnen, und auch de Gaulle will nichts davon hören. So wird man also eine falsche „Beteiligung“ erfinden, die die Vollmachten der Unternehmer in nichts beschränkt, so etwa wie die im Jahre 1945 geschaffenen „Betriebsausschüsse“, die nicht ganz unnütz gewesen sind, aber nichts am System geändert haben.

Andererseits stimmt es wohl, daß in Frankreich die Dinge nie wieder so sein werden wie vorher, und das aus zwei Gründen: Der erste Grund ist, daß die Jugend unwiderruflich politi-



Philosoph Sartre*
Sympathie für das junge Deutschland

siert wurde, nicht nur die Studenten, sondern auch die Gymnasiasten. Kinder im Alter von zehn Jahren, die ältere Brüder und Schwestern haben, wissen nach der Erfahrung des Mai bereits, warum sie diese Gesellschaftsordnung nicht mehr wünschen.

Es existiert bei diesen jungen Leuten und sogar bei diesen Kindern ein sehr bemerkenswerter Hang zu gewalttätigen Aktionen, bei denen es sich keineswegs um eine Laune, sondern um die klare Vorstellung dessen handelt, was sie erwartet: Man schließt sich in einem Widerspruch ein. Einerseits fühlen sie, daß sie nur geringe Aussicht haben, sich in die Gesellschaftsordnung einzugliedern, weil sie auf eine ganze Reihe von Hindernissen stoßen werden, die im Unterbewusstsein aufgestellt werden, um nur eine kleine Elite an die Spitze gelangen zu lassen. Andererseits werden sie von den Plätzen, die sie erobern könnten, wenn sie diese Hindernisse einmal überwunden haben, von vornherein angewidert, weil sie auf diesen Plätzen reine Objekte, Werkzeuge eines Systems sein werden, das sie für eine präzise Aufgabe „spezialisiert“ hat.

Die jungen Leute begreifen das sehr schnell, und deshalb tritt heute eine unerwartete Generation zehnjähriger Revolutionäre in Erscheinung.

SPIEGEL: Bei den jungen Arbeitern dürfte ein solches Bewußtsein aber kaum vorhanden sein.

SARTRE: Bei den jungen Arbeitern geht durchaus etwas Ähnliches vor sich. Sie stehen natürlich nicht vor den gleichen Problemen wie die Studenten, aber sie beginnen zu begreifen, daß die Lohnerhöhungen, für die ihre Väter gekämpft haben — und die ihnen wesentliche materielle Vorteile verschafft haben: Automobil, Fernsehgerät, Waschmaschine —, nicht der einzige Schlüssel für die Befreiung der Arbeiter sind. Auch sie fordern heute Macht, über ihre Arbeit und über ihr Leben.

Der zweite Grund, weshalb nichts mehr ganz so wie früher sein wird: Die Lohnerhöhungen, die gewährt wurden, haben das dünne Gleichgewicht der französischen Wirtschaft zerbrochen. Die Unternehmer haben von ihrem Standpunkt aus nicht unrecht, wenn sie sagen, daß die Wirtschaft diese neue Last nicht tragen kann. Im gegenwärtigen System kann sie das in der Tat nicht.

Es ist unmöglich, sowohl die Profite der Unternehmer und das gegenwärtige Preisniveau als auch die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen innerhalb des gemeinsamen Marktes aufrechtzuerhalten. Aber wer denkt schon daran, die Profite aufzuheben?

Man wird also durch Subventionen oder Steuererleichterungen so gut wie möglich die Position der Exportindustrie wahren und den Arbeitern durch Preiserhöhungen wieder abnehmen, was man ihnen gegeben hat.

Aber die Arbeiter werden das merken. Sie werden feststellen, daß ihre

* Während des SPIEGEL-Gesprächs.

Kaufkraft, nachdem sie während einiger Monate gestiegen ist, wieder auf das gleiche Niveau wie früher oder sogar darunter fällt. Sie werden das nicht leicht akzeptieren. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dann hinter dem falschen politischen Bild, das die Wahlen vermittelt haben, die Gewalt der wirklichen sozialen Kräfte wieder zum Vorschein kommt.

SPIEGEL: Die Chefs der politischen Linken wie François Mitterrand, Guy Mollet, Waldeck Rochet standen — das ist das mindeste, was man sagen kann — nicht an der Spitze der Mai-Bewegung. Glauben Sie, daß aus dieser Krise eine neue revolutionäre, von den alten Parteien unabhängige Bewegung hervorgehen kann, die kämpferischer ist als diese?

SARTRE: Die Kommunisten haben immer den Standpunkt vertreten — und das war bis heute richtig —, daß die revolutionären Bewegungen, die den Anspruch erhoben, links von der Kommunistischen Partei zu stehen, in Wirklichkeit die Arbeiterklasse spalten und daß diese Bewegungen schließlich „objektiv“ immer rechts von der Kommunistischen Partei standen.

Wenn man heute über diesen Punkt diskutieren will, stellt man meiner Meinung nach das Problem falsch. Man darf sich nicht fragen, ob man rechts oder links von der Kommunistischen Partei steht, sondern ob man wirklich links steht.

Wer stand im Mai auf der Linken? Gewiß nicht Mitterrand und Guy Mollet. Sie wollten nur die Gelegenheit benutzen, an die Macht zu gelangen. Sie versuchten nicht zu begreifen, was an der Lage zutiefst neu war.

Auf der Linken stand gewiß nicht die Kommunistische Partei. Sie hat alles getan, um die Bewegung zu bremsen. Sie hat ermöglicht, daß diese Bewegung in Wahlen versandete. Die Kommunisten haben unauffällig jene Studenten angegriffen und beleidigt, die am kämpferischsten waren. Die „Humanité“, das Zentralorgan der KP, hat nur in wenigen Zeilen protestiert, als die Regierung jene revolutionären „Grüppchen“ verbot, die am Ursprung der ganzen Bewegung standen. Angesichts dieser Erfahrungen bin ich davon überzeugt, daß alle gegenwärtigen Chefs der Linken in zehn Jahren nichts mehr vorstellen werden. Ich sehe auch nicht, welche Gefahr entstehen würde, wenn sich außerhalb der Kommunistischen Partei und zu ihrer Linken eine revolutionäre Bewegung bildet.

Ich glaube sogar, daß das unvermeidlich ist und daß darin die einzige Möglichkeit liegt, die Politik der Kommunistischen Partei „aufzulockern“: Man muß es den wirklichen Revolutionären, die sich noch innerhalb dieser Partei befinden, ermöglichen, ihre Stimme zu Gehör zu bringen und eine neue Orientierung der Partei durchzusetzen.

SPIEGEL: Daß die französische Krise die Weltöffentlichkeit derart beschäftigt hat, lag daran, daß sich

etwas Derartiges in einer modernen Industriegesellschaft noch nie ereignet hat. Man fragt sich jetzt: Beruht diese Krise auf historischen und sozialen Voraussetzungen, die eine besondere französische Eigenart darstellen? Oder ist eine ähnliche Explosion in anderen entwickelten Ländern möglich, beispielsweise in Deutschland?

SARTRE: Ich bin davon überzeugt, daß sich das gleiche in Deutschland ereignen kann. Viele der Ideen, von denen die französischen Studenten beeinflusst waren, kamen von den sozialistischen Studenten in Deutschland, vor allem die Idee, daß die Studentenbewegung niemals sehr weit gedeihen kann, wenn sie nicht eine Verbindung zur Arbeiterbewegung schafft.

Sie haben gesagt, daß eine solche Verbindung in Deutschland fast un-



Le Nouvel Observateur
„Wer stand im Mai auf der Linken?“

möglich wäre. Aber man hat das auch in Frankreich für unmöglich gehalten. Doch trotz ungeheurer Schwierigkeiten und ohne daß die Dinge noch sehr weit gelaufen sind, wurde eine solche Verbindung hergestellt.

Ich sehe keinen Grund dafür, warum das gleiche Phänomen nicht eines Tages in Deutschland auftreten sollte. Ich würde sogar sagen, im Gegenteil.

In Frankreich hat man festgestellt: Die Arbeiter, die mit größter Energie „Arbeitermacht“, Kontrolle über die Leitung der Betriebe und wirkliche Teilnahme an den Entscheidungen verlangten, die ihr Leben betreffen, gehören nicht den niederen Berufsschichten an, sondern haben bereits ein relativ hohes Lebensniveau und eine relativ hohe Berufsqualifikation erreicht.

Nun, die Masse der deutschen Arbeiter hat ein höheres Lebensniveau als die französischen. Die deutschen Arbeiter nehmen in größtem Maße am Wohlstand der „Konsumgesellschaft“ teil. Vielleicht wird sie das

dazu führen, sich der Grenzen des Wohlstands und der Entfremdung bewußt zu werden, die ein solcher Wohlstand weiterhin beinhaltet.

Die französische Bewegung, die niemand vorausgesehen hatte, enthüllte auf jeden Fall eines, das mir als sehr wichtig erscheint: daß nämlich kein an der Macht befindliches Bürgertum nunmehr vor einer „fürchterlichen Überraschung“ sicher ist.

SPIEGEL: Kein Bürgertum, nicht das französische, nicht das deutsche? Was halten Sie von dem gegenwärtigen Regime in der Bundesrepublik?

SARTRE: Die Bundesrepublik ist das Land in Europa, das am meisten den Vereinigten Staaten ähnelt. Sie wissen, daß ich das amerikanische System nicht sehr liebe, ich bin also sehr schmerzlich davon berührt, daß Deutschland sich auf diesen Weg begibt. Es ist der Weg des sozialdemokratischen Komforts.

Aber ich sehe die deutsche Zukunft nicht pessimistisch, denn ich stelle fest, daß jetzt ein junges Deutschland existiert, das meine volle Sympathie hat: das der sozialistischen Studenten und auch, wenn sie auch noch wenig zahlreich sind, das der jungen Arbeiter, die das gegenwärtige System nicht mehr akzeptieren.

SPIEGEL: Aber diese Kräfte sind politisch bislang nicht relevant geworden, man sieht nicht, wie sie es werden könnten.

SARTRE: Ich sage nicht, daß sie morgen die Macht ergreifen werden, aber ich bin absolut davon überzeugt, daß sie sich immer weniger isoliert fühlen werden. Denn sie sind ja heute Teil einer großen internationalen Bewegung.

Die Geburt eines wirklichen Internationalismus scheint mir das wichtigste Ereignis dieser letzten Jahre zu sein. Früher sprach man häufig vom Internationalismus. Aber wenn man — beispielsweise nach der Pariser Kommune — Zehntausende von Arbeitern hinmetzelte, fand außerhalb Frankreichs keine Demonstration und kein Solidaritätsstreik statt.

Heute finden fast am gleichen Tage Revolten in einem Lande ihr Echo im Ausland. Vor zwei Wochen zum Beispiel haben sich die Studenten der Universität von Kalifornien in Berkeley auf der Straße zusammenschlagen lassen. Sie wollten ihre Solidarität mit den französischen Studenten und Arbeitern zum Ausdruck bringen.

Vielleicht fühlen sich die revolutionären Studenten im heutigen Deutschland isoliert. Aber sie wissen, daß sie es in der Welt nicht sind und daß sie Verbündete in Prag, in New York, Belgrad, in Paris, San Francisco, Mailand, überall haben.

Viele der revolutionären Ideen der französischen Studenten sind aus Deutschland gekommen. Sie werden wieder dorthin zurückkommen — von Frankreich her oder anderswo.

SPIEGEL: Monsieur Sartre, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.